



FDP-Fraktion | 07.02.2003 - 01:00

HARTMANN: Bundesländer in der Pflicht, verstärkt gegen Gewalt an Schulen vorzugehen

BERLIN. Zur neuen Umfrage der am Samstag erscheinenden Zeitschrift "Eltern for family über die Angst der Grund- und Hauptschüler vor Gewalt an der Schule erklärt der bildungspolitische Sprecher der FDP Bundestagsfraktion, Christoph HARTMANN:

Es ist erschreckend, welches Maß an Angst vor Gewalt das Leben der Grund- und Hauptschüler beherrscht.

30 Prozent der Grundschüler sagen, dass sie auf dem Weg von der Schule nach Hause häufig Angst vor anderen Schülern haben. Sogar 62 Prozent der Hauptschüler meinen, dass die Lehrer zwar von Gewalt an ihrer Schule wissen, aber zu wenig dagegen tun. Dies ist ein weiteres Zeichen, dass an unseren Schulen viele Dinge grundlegend nicht in Ordnung sind.

Die FDP fordert seit langem eine Wende in der Bildungspolitik: Mehr individuelle Betreuung und kleinere Klassen gerade in den Grundschulen und ein pädagogischer Auftrag schon für den Kindergarten.

Erziehung gegen Gewalt muss schon ganz früh beginnen. Unser Bildungssystem ist kopflastig. Es muss endlich auf die Füße gestellt werden, und dies bedeutet: Mehr Aufmerksamkeit und auch mehr Geld für die Bildung in der Grundschule und im Kindergarten. Die Sensibilität unserer Lehrerinnen und Lehrer muss sich offensichtlich für den Bereich der Gewaltprävention noch steigern - aber sie müssen auch die Chance zur Kompetenzsteigerung bekommen.

Ich fordere die Bundesländer auf, endlich in größerem Umfang gezielte Weiterbildungsmaßnahmen und verstärkte Beratung für die Lehrkräfte anzubieten. Die Lehrkräfte dürfen mit dem Problem der Gewalt an Schulen nicht allein gelassen werden.

Bettina Lauer - Telefon (030) 227 54618 - pressestelle@fdp-bundestag.de [1]

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/hartmann-bundeslaender-der-pflicht-verstaerkt-gegen-gewalt-schulen-vorzugehen#comment-0>

Links

[1] <mailto:pressestelle@fdp-bundestag.de>